Wirtschaft in die Schule!

Plädoyer für ein Schulfach Ökonomie an allgemein bildenden Schulen

Rüdiger von Rosen

I

> *„Eines der schwersten Gebrechen unserer Zeit besteht darin, dass das Problem der wirtschaftlichen Ordnung ... ebensowenig verstanden wird wie die besondere Art, in der die Marktwirtschaft es löst.*
> *Die Menschen unserer Zeit werden mit Wissen aller Art vollgestopft, aber etwas Wesentliches lernen sie nicht: die Wirkungsweise und den Sinn des eigenen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems zu verstehen, dessen Glieder sie sind und von dessen Funktion ihr Lebensschicksal abhängt. Keine Kultur aber hat jemals lange bestehen können, wenn ihre inneren Gesetze und der Sinn ihrer Einrichtungen nicht mehr begriffen werden."*

Diese mahnenden Worte stammen von Wilhelm Röpke, einem der Väter der Sozialen Marktwirtschaft. Seine Zustandsbeschreibung stammt zwar aus dem Jahr 1953, aber substantiell hat sich bis heute kaum etwas gebessert.

Unsere wirtschafts- und gesellschaftspolitische Lage ist keineswegs problemfrei. Die Arbeitslosenquote liegt bei neun Prozent. Die öffentlichen Haushalte haben angesichts hoher Soziallasten und systembedingter Steuerausfälle kaum Handlungsspielraum. Weiterhin bedürfen die Systeme der sozialen Sicherung angesichts der absehbaren demographischen Veränderungen in den kommenden Jahrzehnten dringend einer neuen Fundierung. Viele dieser Herausforderungen lassen sich in einer demokratischen Gesellschaft nur dann erfolgreich bewältigen, wenn das Wissen um ökonomische Zusammenhänge und Interdependenzen nicht nur einigen wenigen Fachleuten vorbehalten wird, sondern sich zu einem echten Allgemeingut entwickelt.

Ein Vergleich zwischen den USA und der Bundesrepublik zeigt eines deutlich: Eine stärkere Akzeptanz marktwirtschaftlicher Instrumente – wie z.B. der Aktie – in der Bevölkerung schafft letztlich neue Arbeitsplätze und damit mehr Beschäftigung. Das oft zitierte „Jobwunder" in den USA ist zu einem wesentlichen Teil auch auf eine andere Einstellung der Bevölkerung gegenüber wirtschaftlichen Fragestellungen zurückzuführen. Man muss die Zahlen auf sich wirken lassen. In Deutschland suchen derzeit rund vier Millionen Menschen einen Arbeitsplatz. Demgegenüber herrscht bei einer Arbeitslosenquote von vier Prozent in den USA annähernd Vollbeschäftigung. Über 7.000 börsennotierten Unternehmen in den USA stehen knapp 1.000 deutsche börsennotierte Gesellschaften gegenüber. Von 1986 bis 1998 gingen in den USA 8.983 Unternehmen an die Börse, bei uns lediglich 302. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt und die Akzeptanz des Kapitalmarktes für die Unter-

Gegenwartskunde 1/2000, S. 11-22

nehmensfinanzierung sind keine zufällig zusammengeführten Größen, sondern eng voneinander abhängige Sachverhalte.

Wir brauchen auch in Deutschland eine Gründer- und Unternehmermentalität, eine neue Offenheit gegenüber Selbstständigkeit und wirtschaftlichem Wagnis. Wir haben nicht das Recht, unserer Jugend die Chancen auf ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben zu verweigern, indem wir ihr in der Schule wichtige Informationen vorenthalten und sie zur passiven Inanspruchnahme staatlicher Leistungen erziehen, statt ihnen Eigeninitiative zu vermitteln. Wir müssen von der Versorgungsgesellschaft zur Chancengemeinschaft kommen. Chancen kann aber nur wahrnehmen, wer sie zu erkennen und zu nutzen gelernt hat.

Eine höhere Aufgeschlossenheit gegenüber wirtschaftlichen Fragen, eine ausgeprägte Gründermentalität und eine starke Innovationskraft sind wesentliche Erfolgsfaktoren in den USA. Die lebenslange Beschäftigung mit Wirtschaftsfragen ist in den Vereinigten Staaten eine Selbstverständlichkeit, und Wirtschaftskenntnisse sind ein weit verbreitetes Allgemeingut. Hiervon sind wir in Deutschland noch weit entfernt.

II

Die Grundlagen für eine qualifizierte Auseinandersetzung mit ökonomischen Fragestellungen müssen in der Schule gelegt werden. Die Vermittlung einer ausreichenden ökonomischen Bildung findet in den Schulen der meisten Bundesländer aber praktisch nicht statt. Wirtschaftliche Inhalte werden oftmals, wenn überhaupt, nur in anderen Fächern – z.B. „Politik“ oder „Sozialwissenschaften“ – angesprochen. Nur in Bayern und in Thüringen gibt es ein eigenes Pflichtfach, z.B. „Wirtschafts- und Rechtslehre“, das alle Schüler erreicht.

Dieser Zustand ist zutiefst unbefriedigend. Er schadet jedem einzelnen, der in der Schule nicht ausreichend auf die Herausforderungen seines künftigen Lebens in seinen Rollen als Konsument, Arbeitnehmer, Unternehmer, Sparer, Versicherter, Steuerzahler und Wähler vorbereitet wird. Wer unserer Jugend eine elementare ökonomische Bildung vorenthält, entlässt sie unzureichend ausgebildet ins Privat- und Berufsleben und vermindert damit ihre Chancen, die vor ihnen liegenden Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Es ist ohne Zweifel, dass der Druck aus Europäisierung und Globalisierung hier zusätzliche Anforderungen stellt.

Die weitgehende Vernachlässigung ökonomischer Bildungsinhalte in den allgemein bildenden Schulen stellt darüber hinaus eine sehr ernst zu nehmende Gefährdung unserer Gesellschaftsordnung dar. Ökonomische Kenntnisse erschließen unserer Jugend den Zusammenhang zwischen unserer Wirtschaftsordnung und der demokratischen Regierungsform, sie vermitteln die enge Verbindung von individueller Leistung, gesamtwirtschaftlicher Wohlfahrt und Leistungsfähigkeit des Sozialstaates und leisten damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Werteerziehung. Keine unserer staatstragenden Parteien stellt diese Anforderungen in Frage. Im Gegenteil: Sie sind Kernelemente aller Parteiprogramme.

Der Schlüssel zur Vermittlung grundlegender ökonomischer Kenntnisse liegt in einem eigenständigen Fach Ökonomie, das den Fächerkanon in allen allgemein bildenden Schulen ergänzt. Die Begründung dieser Forderung lässt sich in zwei grundlegenden Thesen fassen:

1. Kenntnisse über Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenhänge gehören zur Allgemeinbildung.
2. Ausreichende Kenntnisse über Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenhänge lassen sich *nur im Rahmen eines eigenen Faches* vermitteln.

III

Zum allgemein bildenden Charakter ökonomischer Kenntnisse und Fertigkeiten:

Oftmals wird argumentiert, die Forderung nach einer stärkeren Vermittlung wirtschaftlicher Inhalte in den Schulen liege vor allem im Interesse der Wirtschaft, die damit einen Teil ihrer Ausbildungskosten auf das Schulsystem, also den Steuerzahler abwälzen wolle. Nach dieser Auffassung würden Wirtschaftskenntnisse nicht in den Bereich der Allgemeinbildung gehören, sondern vor allem der Berufsvorbereitung dienen. Daraus würde natürlich folgen, dass das berufsbildende Schulsystem der richtige Ort für die Vermittlung ökonomischer Bildungsinhalte wäre, nicht jedoch die Haupt- und Gesamtschule, die Realschule oder das Gymnasium.

Diese Auffassung kann bei näherer Betrachtung nicht aufrechterhalten werden. Die ökonomische Bildung, die wir brauchen und fordern, umfasst weit mehr als nur das unmittelbar beruflich verwertbare Wissen.

Eine Vielzahl der aktuellen Probleme in unserem Land ist wirtschaftlicher Natur. Arbeitslosigkeit und Altersvorsorge sind primär ökonomische Phänomene und bedürfen einer ökonomisch fundierten Politik. Jeder Bürger in einer demokratischen Gesellschaft braucht wirtschaftliche Grundkenntnisse, um die Programme der verschiedenen Parteien beurteilen und sein Wahlrecht verantwortungsvoll ausüben zu können. Es darf nicht dem Zufall überlassen werden, ob ein besonders engagierter und qualifizierter Lehrer in seinem Unterricht die erforderliche ökonomische Basis legt oder ob ein Schüler diese Basis in einem Wahlpflichtfach erwirbt. Erst dieses Grundwissen ermöglicht es dem Schüler, wirtschaftliche und politische Vorgänge selbstständig zu durchschauen und seine eigenen Interessen zu erkennen und zu vertreten. Wo ökonomisches Urteilsvermögen fehlt, können Vorurteile gedeihen. Es droht die Gefahr, dass vorschnell Scheinlösungen einer nachhaltig erfolgreichen Politik vorgezogen werden. Ökonomische Bildung trägt hingegen effizient zur wirklichen Lösung ökonomischer Probleme bei und stabilisiert die Demokratie.

Aber nicht nur als Wähler oder politisch engagierter Bürger, sondern auch für den privaten Bereich sind ökonomische Kenntnisse und Fertigkeiten unerlässlich. Dies gilt für die Berufswahl und das Leben als Konsument ebenso wie für die immer wichtiger werdenden Vorsorge- und Anlageentscheidungen. Einige *Beispiele* sollen dies verdeutlichen.

Immer noch fallen erschreckend viele – auch junge Menschen – auf unseriöse Finanzangebote oder Kredithaie herein, weil ihnen die einfachsten Voraussetzungen fehlen, die Unseriösität entsprechender Angebote zu durchschauen. Es ist sicher nicht richtig, der ungenügenden Behandlung dieser Themen in der Schule die ausschließliche Verantwortung hierfür zu geben. In einem gewiss nicht unbeträchtlichen Maße kann und muss die Schule aber besser auf den verantwortungsvollen Umgang mit dem eigenen Einkommen vorbereiten.

In noch viel stärkerem Maße gilt dies für die Vorsorgeentscheidungen, die jeder Bürger in eigener Verantwortung zu treffen hat. Gerade das System der gesetzlichen Altersvorsorge wird in einigen Jahrzehnten nicht mehr die gleiche Leistungsfähigkeit besitzen wie jetzt. Wenn heute zwei Beitragszahler die Altersrente für einen Leistungsempfänger aufbringen müssen, so wird im Jahr 2035 auf jeden Beitragszahler ein Rentner kommen. Es ist unmittelbar einsichtig, dass die Rentenbeiträge gegenüber dem bereits heute viel zu hohen Stand nicht noch einmal verdoppelt werden können. Eine Schließung der bevorstehenden Beitragslücke durch allgemeine Steuereinnahmen ist ebenfalls nicht möglich. Mit der überfälligen politischen Entscheidung, vom Umlageverfahren auf das einzel- wie auch gesamtwirtschaftlich leistungsfähigere Kapitaldeckungsverfahren zu wechseln, ist zur Zeit nicht zu rechnen. Also verbleibt nur eine drastische Absenkung der Höhe der gesetzlichen Rente als realistische Alternative.

Eine geringere gesetzliche Rente erfordert kompensatorisch eine verstärkte private Eigenvorsorge, wenn beim Eintritt in den Ruhestand der bis dahin erreichte Lebensstandard aufrechterhalten werden soll. Die richtige Strukturierung der Vorsorge für das eigene Alter ist aber ohne fundierte Kenntnisse der alternativen Möglichkeiten der Geldanlage und Versicherung sowie der spezifischen Stärken und Schwächen der einzelnen Anlagemedien kaum möglich.

Warum es so bedeutsam ist, bereits jungen Menschen dieses Wissen zu vermitteln, sei an einem einfachen Sachverhalt aufgezeigt: In der langen Frist erreicht ein Anleger mit einem breit gestreuten Aktiendepot sehr zuverlässig eine Rendite von etwa 10 % p.a. Damit erzielt er gegenüber einem Depot mit festverzinslichen Wertpapieren einen Renditevorsprung von zwei bis drei Prozentpunkten. Diese relativ gering erscheinende Renditedifferenz bewirkt allerdings dank des Zinseszinseffektes in dreißig Jahren eine Verdoppelung des Endvermögens. Und ob ein Arbeitnehmer beim Eintritt in den Ruhestand über ein Privatvermögen von 100.000 oder 200.000 DM verfügt, bedeutet einen großen Unterschied nicht nur im materiellen Niveau der Absicherung, sondern auch – und dies ist vielleicht noch bedeutsamer für den Einzelnen, aber auch für die Stabilität unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung – im subjektiven Gefühl der Absicherung.

Um in den späteren Genuss eines relativ hohen Vermögens zu gelangen, bedarf es bereits sehr frühzeitig qualifizierter Anlageentscheidungen. Das Thema Altersvorsorge hat somit nicht nur eine extrem hohe Zukunftsbedeutung für die heutigen Schüler, es erfordert auch eine lebenslange Handlungskompetenz.

Wenn Unternehmen und Institutionen der Wirtschaft also – unter anderem – für die Behandlung von Anlagethemen in den allgemein bildenden Schulen eintreten, ist das Ziel weder die Erleichterung der späteren Ausbildung zum Bankkaufmann noch die Förderung des Wertpapiergeschäftes der Banken. Es ist allerdings bezeichnend für das Weltbild vieler für die Bildungsinhalte Verantwortlichen, dass sie jedem Versuch zur Verbesserung der ökonomischen Bildung seitens der Wirtschaft sofort unterstellen, ausschließlich von diesen sehr enggefassten Eigeninteressen motiviert zu sein.

Unsere Forderung nach breiter ökonomischer Bildung hat vielmehr einen ganz konkreten gesellschafts- und sozialpolitischen Hintergrund. Die Beschäftigung mit wirtschaftlichen Fragestellungen darf nicht einigen wenigen vorbehalten werden, sondern geht uns alle an. Diese Themen gehören eindeutig zur Allgemeinbildung

und müssen deshalb bereits in der Schule – und zwar in jeder allgemein bildenden Schule ! – grundlegend vermittelt werden. Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse und nicht nur im Partikularinteresse einzelner Branchen, nachwachsende Generationen grundlegend auf ihre Aufgaben vorzubereiten.

IV

Nach der Frage des „ob" der Vermittlung wirtschaftlicher Inhalte sei nun die Frage des „wie" angesprochen. Dies führt mich zu meiner zweiten These:

Ausreichende Kenntnisse über Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenhänge lassen sich nur im Rahmen eines eigenen Faches vermitteln.

Oftmals wird zwar zugestanden, ökonomische Inhalte gehörten durchaus zu den Bildungsinhalten der allgemein bildenden Schulen, doch gleichzeitig behauptet, es bedürfe keines eigenständigen Faches Ökonomie. Vielmehr sei ein fächerübergreifender oder integrativer Ansatz vorzuziehen. Frau Behler, Ministerin für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen, sieht einer Pressemeldung zufolge „keinen Bedarf für ein eigenes Pflichtfach Wirtschaft", die Einbindung dieser Themen in den sozialwissenschaftlichen Lernbereich sei „sinnvoll". Auch dieser Auffassung kann nicht zugestimmt werden.

Der bayerische Kultusminister Hans Zehetmair hat die Bedeutung eines eigenen Faches Ökonomie erkannt: „Die Komplexität wirtschaftlichen Geschehens, die Prozesse und Strukturen unserer Wirtschaftsordnung lassen sich nur mit fachspezifischen Methoden sachgerecht erfassen und schülergerecht aufbereiten. Bei unsachgemäßer Wissensvermittlung besteht die Gefahr einer irrationalen Urteilsbildung."

Wirtschaftliche Inhalte lassen sich nur im Rahmen eines eigenen Faches adäquat vermitteln. Es bedarf eigener Richtlinien und eines eigenen Lehrplans, einer eigenen Fachdidaktik, speziell ausgebildeter und kontinuierlich fortgebildeter Lehrer und aktuellen Unterrichtsmaterials, um den Schülern ökonomische Inhalte mit Erfolg zu vermitteln. Jede Integration von Wirtschaftsthemen in andere Fächer führt tendenziell dazu, ökonomische Phänomene aus dem Blickwinkel dieser Fächer zu betrachten, ohne zuvor die für eine sachliche Beurteilung und Problemlösung unabdingbaren ökonomischen Grundlagen zu vermitteln. Dies muss unweigerlich zu vordergründig einleuchtenden, tatsächlich aber falschen Lösungsvorschlägen für wirtschaftspolitische Fragestellungen führen.

In Nordrhein-Westfalen zum Beispiel finden wirtschaftliche Themen im Rahmen des Faches „Politik" Berücksichtigung. Der Politikunterricht hat im Wesentlichen die Aufgabe, bei den Schülern die Bereitschaft und Fähigkeit zu rationalem und kritischem Denken, zu selbstständigem und unabhängigem Urteilen und zu verantwortungsvollem Handeln in der jetzigen Lebenssituation und für die zukünftigen Lebensbedingungen zu entwickeln und zu fördern.

„Wirtschaft" ist immerhin eines von vier Lernfeldern im nordrhein-westfälischen Politikunterricht – neben „Gesellschaft", „Öffentlichkeit" und „Nationalen und internationalen Beziehungen". Dies könnte auf den ersten Blick vermuten las-

sen, die Forderung nach der Vermittlung ökonomischer Inhalte sei in Nordrhein-Westfalen bereits erfüllt. Bei eingehender Analyse der Richtlinien für den Politikunterricht stellt sich aber doch heraus, dass dieser Ansatz noch nicht befriedigend ist. Im Zentrum der Konzeption des Politikunterrichtes für die Sekundarstufe I in Nordrhein-Westfalen stehen zwölf verschiedene „Qualifikationen", die durch nicht weniger als 86 Lernziele konkretisiert werden. Jede dieser Qualifikationen und jedes dieser Lernziele ist unbestritten richtig und wichtig für die Erziehung junger Menschen zu mündigen Demokraten. Für die ökonomische Bildung sind diese Lernziele jedoch absolut nicht ausreichend, weil sie etwas wesentliches außer Acht lassen:

Alle Qualifikationen und alle Lernziele für den Politikunterricht betreffen die Auseinandersetzung im öffentlichen Diskurs und die Entscheidungsfindung in der Demokratie. Im Mittelpunkt des hier zugrunde liegenden Weltbildes stehen Konflikte zwischen widerstreitenden Interessen und die Möglichkeiten, diese Konflikte durch Überzeugung und Diskussion, durch Wahlen und die Ausübung staatlicher Macht zu lösen. Folgerichtig werden auch die wirtschaftlichen Themen in den Richtlinien aus politischer, nicht aber aus wirtschaftlicher Perspektive angegangen.

Keine explizite Berücksichtigung findet in den Richtlinien des Faches Politik hingegen ein anderer Entscheidungsmechanismus, auf dem unser heutiger Wohlstand beruht: die Koordination wirtschaftlichen Handeln durch den Markt. Die eingangs zitierte Feststellung von Wilhelm Röpke, dass der Beitrag der Marktwirtschaft zur Lösung ökonomischer Probleme und der Sinn marktwirtschaftlicher Institutionen verkannt werden, manifestiert sich heute also bereits in den Unterrichtsrichtlinien!

Wir bekommen unsere wirtschaftlichen Probleme aber nicht in den Griff, wenn wir uns nicht mit den elementaren Grundlagen wirtschaftlichen Handelns befassen. Hierzu gehören in der Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft, für die wir uns zu Recht entschieden haben, aber vor allem die Veranstaltung des Marktes, seine Funktionsweise und die Bedingungen für seine Funktionsfähigkeit. Letzteres ist besonders wichtig. Nur wenn die Bedingungen für funktionsfähige Märkte in weiten Bevölkerungskreisen bekannt sind, kann die Politik der naheliegenden Versuchung widerstehen, wirtschafts- und sozialpolitische Probleme stets durch weitere Einschränkungen des Marktmechanismus lösen zu wollen, statt zunächst zu prüfen, ob die Probleme nicht erst durch Behinderung des Marktes entstanden sind.

Die Richtlinien Politik für die Sekundarstufe I im Land Nordrhein-Westfalen bieten allerdings keine Garantie für die Vermittlung der grundsätzlichen Funktionsweise einer Marktwirtschaft – ganz im Gegenteil: Wann immer das Stichwort Markt fällt, dann geschieht dies im Zusammenhang mit Fehlfunktionen und Mißständen. Was jedoch fehlt, ist die Information darüber, dass es mehrere effiziente Koordinationsmechanismen gibt, die alle ihre Stärken und Schwächen, ihre spezifischen Anwendungsgebiete und Anwendungsvoraussetzungen haben: Diskussion, Wahl und Abstimmung in der demokratischen Gesellschaft, Angebot, Nachfrage und freie Preisbildung in der Sozialen Marktwirtschaft.

Es sei an dieser Stelle nicht behauptet, der Koordinationsmechanismus des Marktes würde immer und überall reibungslos funktionieren und stets zu einem optimalen, auch sozialpolitisch erwünschten Ergebnis führen. Unsere Wirtschaftsordnung beruht aber aus guten Gründen auf dem Markt als Lenkungsinstrument, und es ist essentiell für die Funktionsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft, dass die

Menschen in unserem Land mit ihrer grundsätzlichen Funktionsweise vertraut gemacht werden. Wenn diese Basis gelegt ist, reduziert sich die Gefahr, wirtschafts- und sozialpolitische Probleme lediglich emotional im Stile des Statements *„Finde ich gut"* oder der Bekundung *„Mag ich nicht"* zu bewerten.

Ein Medizinstudent lernt zu Beginn seines Studiums ja auch zuerst den Aufbau und die Funktionsweise des gesunden menschlichen Körpers kennen, bevor er sich mit Krankheiten und Fehlfunktionen auseinandersetzt, und ein Fahrschüler erfährt, welche Verkehrsregeln es gibt und wie er richtig fährt, um Unfälle zu verhindern – und wird in der Fahrschule nicht ausschließlich mit Unfällen und Umweltfolgen des Straßenverkehrs konfrontiert.

Es ist die Aufgabe eines eigenständigen Faches „Ökonomie", den Schülern von heute die wirtschaftlichen Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die sie in ihrem zukünftigen Leben benötigen. Hierzu zählt auch ein Grundverständnis über die Funktionsweise unserer Wirtschaftsordnung und ihrer Institutionen. Auf dieser soliden und zuverlässigen Basis sind dann selbstverständlich auch Probleme und Schwachstellen anzusprechen.

Dieses Themengebiet ist von der Sache her kein Bestandteil der Fächer „Politik", „Sozialwissenschaften" oder Gemeinschaftskunde". Es steht gleichberechtigt neben der Politik, und diese Gleichberechtigung muss sich auch in einer Eigenständigkeit des Faches „Ökonomie" niederschlagen.

Die Einführung eines eigenen Faches „Ökonomie" ist natürlich nicht von heute auf morgen möglich. Es wird einige Zeit brauchen, Richtlinien und Lehrpläne zu erarbeiten. Es wird wahrscheinlich noch einige Zeit länger dauern, Lehrer für das neue Fach auszubilden. Bereits kurzfristig wäre es demgegenüber möglich, Materialien für das neue Fach bereitzustellen. Diese drei Faktoren – Lehrpläne, ausgebildete Lehrer und geeignete Unterrichtsmaterialien – müssen gleichzeitig gegeben sein, damit ein Fach „Ökonomie" erfolgreich eingeführt werden kann.

Wir brauchen dieses neue Fach „Ökonomie", aber wir dürfen nicht so lange warten, bis es in allen Bundesländern und für alle Schulformen soweit ist. Wo sofort eine Verbesserung erreichbar ist, sollte diese Chance genutzt werden. Dies ist z.B. im Bereich der Projektarbeit der Fall. Hier haben die Schulen weitgehende Freiheiten, und dieser Freiraum muss genutzt werden, um etwa Themen wie „Verantwortungsvoller Umgang mit Geld" praxisnah und umfassend zu behandeln.

Auch die zahlreichen Initiativen aus der Wirtschaft, die Unterrichtsmaterial zur Verfügung stellen, Unternehmergespräche, Praktika oder Planspiele anbieten, sollten noch intensiver als bisher genutzt werden. Damit ist zwar noch nicht der grundlegende Durchbruch gelungen, den wir brauchen, aber es lässt sich bereits vieles erreichen und verbessern.

Wichtig ist bei diesen ersten Ansätzen natürlich das Engagement der Lehrer, die sich über das normale Maß hinaus einsetzen. Deshalb gilt allen Lehrerinnen und Lehrern besondere Hochachtung, die sich im Interesse ihrer Schüler intensiv mit der Verbesserung der ökonomischen Bildung auseinandersetzen.

V

Für das Deutsche Aktieninstitut stellt das Thema „Schulfach Ökonomie“ einen wichtigen Schwerpunkt seiner Arbeit dar. Wir können unseren vermögens- und gesellschaftspolitischen Auftrag nur mit Hilfe einer verbesserten ökonomischen Grundbildung in der Bevölkerung erfüllen. Für diese Aufgabe müssen wir mit 16 Bundesländern mit jeweils vier oder fünf unterschiedlichen Schulformen diskutieren und die zuständigen schulpolitischen Instanzen von der Richtigkeit unserer Argumente überzeugen. Angesichts leerer öffentlicher Kassen und des angespannten Stundenbudgets ist dies nicht einfach, aber im Interesse unserer Gesellschaftsordnung dringend notwendig.

Aus diesem Grund hat das Deutsche Aktieninstitut einen „Beirat für ökonomische Bildung“ berufen, in dem Vertreter der Wirtschaftspädagogik und -didaktik, der Lehrerorganisationen, der Lehrerausbildung und der Schulpraxis zusammenarbeiten. Dieser Beirat hat eine grundsätzliche Argumentation für ein Fach „Ökonomie“ erarbeitet. In diesem Memorandum – das die Forderung nach einem Schulfach Ökonomie nicht aus wirtschaftlicher, sondern aus pädagogischer Sicht begründet und sich damit von zahlreichen ebenso richtigen Stellungnahmen anderer Wirtschaftsverbände unterscheidet – wird ein breit angelegtes Ziel-/Inhaltskonzept für ein Curriculum vorgeschlagen, aus dessen thematischer Breite und inhaltlicher Vielfalt bereits ersichtlich wird, dass eine fundierte ökonomische Bildung außerhalb eines eigenständigen Faches nicht möglich ist (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Ziel-/Inhaltskonzept für ein Schulfach „Ökonomie“ an allgemein bildenden Schulen

I Der private Haushalt im Wirtschaftsgeschehen, z.B.:
- die Stellung der privaten Haushalte im Wirtschaftsgeschehen
- Markt und Preis
- Einkommensentstehung und -verwendung
- Einflussfaktoren auf Verbraucherverhalten
- Geldanlage, Vermögensbildung und private Vorsorge
- Recht und Konsumalltag
- Macht des Verbrauchers
- Umweltbewusstes Verhalten

II Die Unternehmung als ökonomisches und soziales System und Aktionszentrum, z.B.:
- die Stellung von Unternehmen im Wirtschaftsgeschehen
- Grundkomponenten, die unternehmerische Prozesse beeinflussen (Zielsysteme, Managementsysteme, betrieblicher Leistungsprozess, Finanzprozess)
- Unternehmensethik
- Aufbau- und Ablauforganisation eines Unternehmens
- wirtschaftliche Kennzahlen (Produktivität, Wirtschaftlichkeit, Rentabilität, Liquidität usw.)
- Unternehmensverfassung und Rechtsordnung
- Arbeitsbeziehungen in einem Unternehmen
- Mitbestimmung
- Internationalisierungs- und Globalisierungsprozesse und ihre Auswirkungen auf Unternehmen

III Wirtschaftsordnung als Institutionen- und Regelsystem, z.B.:
- Grundlegende Ordnungsformen (Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft) und Eigentumsverfassungen

- Der Markt als Koordinationsmechanismus zwischen Haushalten und Unternehmen (Preisbildung, Güter- und Faktormärkte)
- Marktformen und Marktmacht
- Wettbewerb als „notwendige Zumutung“
- Verteilungsergebnisse des Marktes
- Ethische Qualität des Marktes (Eigennutz und Gemeinwohl)

IV Die Funktion des Staates in einer marktwirtschaftlichen Ordnung, z.B.:

- Allokations-, Distributions- und Stabilisierungsfunktion des Staates (Bereitstellung öffentlicher Güter, Staatseinnahmen und -ausgaben)
- Marktversagen (z. B. bei Wettbewerbsbeschränkungen, öffentlichen Gütern, externen Effekten, asymmetrischer Information)
- Wirtschaftspolitische Handlungsbereiche: Ordnungspolitik, Strukturpolitik, Prozesspolitik
- Bestandteile einer wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption: Lageanalyse, Zielanalyse, Ordnungsanalyse, Instrumentenanalyse
- Wirtschaftspolitische Konzeptionen in historischer Genese: Merkantilismus, klassischer Liberalismus, wissenschaftlicher Sozialismus, Interventionismus, Ordoliberalismus, Soziale Marktwirtschaft
- Staatsversagen (z. B. politisch motivierte Entscheidungen, Regulierungskosten, Verzerrung der Allokationseffizienz)
- Gruppenphänomene in der Wirtschaftspolitik

V Internationale Wirtschaftsbeziehungen, z.B.:

- Gründe und Erklärungsansätze für internationale Wirtschaftsbeziehungen
- Entwicklung des Außenhandels und des internationalen Kapitalverkehrs
- Leitbilder des internationalen Handels
- Störungen des internationalen Handels (tarifäre, nicht-tarifäre Handelshemmnisse)
- regionale Ordnungssysteme (Europäische Union, Europäische Wirtschafts- und Währungsunion)
- globale Ordnungssysteme (Währungsordnung im IWF, Handelsordnung in der WTO, Sozialordnung in der ILO und UNO, Umweltordnung und internationale Entwicklungszusammenarbeit)

Quelle: Beirat für ökonomische Bildung des Deutschen Aktieninstituts e.V., Memorandum zur ökonomischen Bildung. Ein Ansatz zur Einführung des Schulfaches Ökonomie an allgemeinbildenden Schulen, 2. Aufl. Frankfurt 1999, S. 25ff.

VI

Gegen ein eigenständiges Fach Ökonomie werden verschiedene Argumente vorgebracht, die u.E. allesamt einer näheren Prüfung nicht standhalten. Manche müssen sogar als Vorurteile oder Fehlvorstellungen gelten. Die beiden am häufigsten bemühten Argumente möchte ich hier zur Diskussion stellen:

1. *Fehlvorstellung: Ökonomische Bildung kann und soll fächerübergreifend erfolgen.*

Der Gedanke ist verlockend: in vielen anderen Fächern bestehen durchaus Anknüpfungspunkte zu ökonomischen Fragestellungen. Von Fächern wie Geschichte und Politik über Geographie bis hin zu Mathematik, aber auch von Deutsch, Religion und Biologie lassen sich leicht Brücken zur Ökonomie herstellen. Dies ist grundsätzlich richtig und begrüßenswert, wie einige Beispiele zeigen: die „Soziale Frage“ des 19. Jahrhunderts kann ohne fundierte Ökonomiekenntnisse ebensowenig ver-

standen werden wie die Europäische Integration nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Zinseszinsrechnung findet wohl kein besseres Anwendungsbeispiel als in Fragen der privaten Geldanlage und Altersvorsorge. Umweltpolitische Fragestellungen sind typischerweise an der Schnittstelle zwischen Ökonomie und Biologie oder Geographie angesiedelt und damit prädestiniert für fächerübergreifendes Arbeiten. Und in einem modernen Religionsunterricht müssen selbstverständlich auch wirtschaftsethische Fragen angesprochen werden – aber fundiert!

Es wäre allerdings falsch, anzunehmen, jeder Geschichts-, Mathematik- oder Biologielehrer sei auch in ökonomischen Fragestellungen so bewandert, dass er die sein Spezialgebiet überschreitenden Fragen – auch wenn sie sein eigenes Fachgebiet tangieren und sein Interesse finden – im Unterricht kompetent mit behandeln könnte. Ebenso vermessen wäre es im Gegenzug natürlich von jedem Ökonomen, wenn er behaupten würde, er könne allein dank seiner ökonomischen Ausbildung auch biologische Themen im Bereich der Umweltpolitik oder historische Fragestellungen aus dem Geschichtsunterricht mit der erforderlichen Sachkenntnis abdekken. Hier stellt sich die Frage an alle, die einen fächerübergreifenden Unterrichtes anstelle eines eigenständigen Schulfaches Ökonomie präferieren, warum auf der einen Seite zumindest implizit in ökonomischen Fragen Kompetenz bei den Vertretern anderer Fächer vermutet wird, während andererseits den Ökonomen die „spiegelbildliche“ Kompetenz in anderen Fächern abgesprochen wird.

Ein weiterer Vergleich ist geeignet, die Vorstellung eines fächerübergreifenden Unterrichts ohne eigenständige Fächer zu relativieren. Niemand käme auf die Idee, z.B. das Fach Latein abzuschaffen, da man in zahlreichen anderen Fächern vom Lateinischen abgeleitete Fachausdrücke vermittele und man auch hin und wieder das eine oder andere lateinische Sprichwort einfließen lassen könne; ein eigenständiges Fach Latein also durch fächerübergreifenden Unterricht ersetzbar sei. Der Schüler lernt bei einer solchen Vorgehensweise aber bestenfalls einen gewissen Fremdwort- und Zitatenschatz kennen; die auch heute wichtige grammatikalische Klarheit und Konsistenz der lateinischen Sprache bleibt ihm hingegen verborgen. Genau so verhält es sich mit dem Ökonomieunterricht. Er soll sich nicht auf die Interpretation – oder gar das Auswendiglernen – einzelner Tabellen im Geographieunterricht oder das (meist vorschnelle) Zuordnen von Ursachen und Wirkungen im Fach Geschichte beschränken.

Ökonomie ist eine theoretisch fundierte Wissenschaft, deren Gesetze und Regeln man von Grund auf erlernen muss, bevor man sie anwenden kann. Ökonomische Theorie ist insofern der Grammatik einer Sprache vergleichbar: nur wer die Regeln souverän beherrscht, kann sie auch sauber und fehlerfrei anwenden. Das setzt aber wiederum voraus, dass diesen Regeln ausreichender Raum im Unterricht eingeräumt wird und dass der Unterricht von Lehrern erteilt wird, die fachlich sattelfest sind. Und dies erfordert eben ein eigenständiges Fach.

Fächerübergreifender Unterricht ist demgegenüber sinnvoll und notwendig, um gedankliche Brücken zwischen verschiedenen Fachgebieten zu bauen. Eine Brücke ist aber nur dann tragfähig und stabil, wenn sie auf beiden Seiten einen festen Stand hat. Für die – durchaus berechtigte – Forderung nach mehr fächerübergreifendem Unterricht bedeutet dies, dass zunächst ein Fundament ökonomischer Kenntnisse gelegt werden muss, bevor eine Verknüpfung mit anderen Fächern vorgenommen wird. So lange es kein eigenständiges Fach Ökonomie an den allgemein bildenden

Schulen gibt, ist ein echter fächerübergreifender Unterricht zu den aktuellen ökonomischen Themen überhaupt nicht möglich. Ohne dieses Fach Ökonomie können die Schüler bestenfalls in Bruchstücken ökonomisches Wissen erwerben, wahrscheinlicher ist aber eine gefährliche Ansammlung von Halb- und Falschwissen.

2. *Fehlvorstellung: Ökonomische Bildung kann in einem Kombinationsfach (Gemeinschaftskunde, Sozialwissenschaften o.ä.) erfolgen.*

In einer ganzen Reihe von Bundesländern sollen ökonomische Grundkenntnisse im Rahmen eines „Kombinationsfaches" (Gemeinschaftskunde, Sozialwissenschaften etc.) vermittelt werden. Weitere Disziplinen in diesen Fächern sind zumeist Politologie und Soziologie. Angesichts der Existenz dieser Fächer, so wird behauptet, gebe es keinen Bedarf für ein eigenständiges Fach Ökonomie.

Bei allem Respekt vor diesen Fächern und den diesen Stoff vermittelnden Lehrkräften haben Politologie und Soziologie jedoch mit Ökonomie nur wenig gemein. Die Zusammenfassung dieser drei Disziplinen in einem einzigen Fach ist ein allzu starres Korsett, und eine sinnvolle fachübergreifende Gestaltung des Unterrichts gelingt nicht einmal innerhalb des Kombinationsfaches, obwohl hier sogar die Notwendigkeit einer Abstimmung zwischen den Lehrern entfällt. In der Praxis werden Inhalte der einzelnen Disziplinen ohne Bezug aufeinander abgearbeitet, und die Schüler müssen sich alle paar Monate auf andere Gedankengebäude einstellen.

Nun könnte man einwenden, dass zumindest ein gewisser Anteil dieser Kombinationsfächer der Vermittlung ökonomischer Inhalte gewidmet werden könne. Dies sei in jedem Fall besser als gar kein Unterricht auf diesem Fachgebiet. Auch diese Argumentation ist vordergründig durchaus eingängig, wir sollten ihr aber dennoch keinen Raum geben. Neben dem Fach Gemeinschafts- oder Sozialkunde studiert der angehende Lehrer ein weiteres Fach, etwa Mathematik oder Sport, sowie natürlich Pädagogik. Die beiden Fächer nehmen etwa einen Anteil von jeweils zwei Fünfteln, die Pädagogik das verbleibende letzte Fünftel des Studiums ein. Für Ökonomie verbleiben somit neben Politologie und Soziologie gerade einmal zwei Fünfzehntel oder rund ein Achtel des Gesamtstudiums. Dass ein Lehramtskandidat mit umgerechnet gerade einmal einem Semester Ökonomiestudium nicht das gleiche erforderliche Verständnis für die Funktionsweise einer arbeitsteilig organisierten Marktwirtschaft in all ihrer Komplexität entwickeln kann, ist sicherlich nachvollziehbar.

Selbst wenn der Anteil der Ökonomie an den Kombinationsfächern in der Praxis wirklich ein Drittel der Gesamtzeit einnimmt, so wird er doch von Lehrern geleistet, die nicht zwei, sondern vier grundverschiedene Fächer studiert haben. Auch hier kann die Absurdität der Vorstellung, unter diesen Voraussetzungen könne ein fachlich anspruchsvoller und motivierender Unterricht gelingen, leicht an einem Beispiel demonstriert werden: Niemand käme ernsthaft auf den Gedanken, die Fächer Biologie, Physik und Chemie zu einem Kombinationsfach „Naturwissenschaften" zusammenzufassen und die Lehrerausbildung in jeder dieser Disziplinen auf ein Drittel zu reduzieren. Die Zusammenfassung von Ökonomie, Soziologie und Politologie zur „Gemeinschaftskunde" ist aber letztlich nichts Anderes.

Ein anspruchsvoller und fundierter Ökonomieunterricht lässt sich nur mit gut ausgebildeten Lehrern bewerkstelligen. Dies erfordert einen ausreichenden Anteil ökonomischer Inhalte im Studium sowie in der Seminarausbildung, was wiederum

ein eigenständiges Fach Ökonomie voraussetzt. Auch die Existenz von Kombinationsfächern kann somit letztlich die Forderung nach einem eigenständigen Fach Ökonomie nicht wirksam entkräften.

VII

Die Umsetzung dieser Forderung ist zweifelsohne eine anspruchsvolle und ehrgeizige Aufgabe, deren Erfüllung eines langen Atems bedarf. Drei Voraussetzungen müssen für die Einführung eines Faches Ökonomie praktisch gleichzeitig erfüllt sein:

- Es bedarf – erstens – eines expliziten politischen Willens in allen Bundesländern, dem Fach Ökonomie in den Stundentafeln den erforderlichen Raum zuzugestehen und moderne, nicht mehr von überholten makroökonomischen Kontroversen geprägte Lehrpläne zu erarbeiten.
- Es bedarf – zweitens – einer gut ausgebildeten und motivierten Lehrerschaft, die in entsprechend ausgelegten Studiengängen auf ihren Einsatz vorbereitet wurden oder aber die notwendige Qualifikation in einem berufsbegleitenden Zusatzstudium erworben haben. Dass diese Zusatzqualifikation nicht in zwanzigstündigen Kurzseminaren erworben werden kann, braucht hier sicherlich nicht eigens begründet zu werden.
- Es bedarf – drittens – aktueller Materialien, die sich aller verfügbaren traditionellen und modernen Medien bedienen, denn mit mehrere Jahre alten Lehrbüchern lässt sich gerade im Ökonomieuntericht nicht der anzustrebende Qualitätsstandard erreichen und sichern. Hier ist auch die Wirtschaft gefordert, über die bisherigen hohen Aufwendungen hinaus einen weiteren Beitrag zur Ausstattung der Schulen zu leisten.

Die Einführung eines eigenständigen Faches Ökonomie ist sicherlich keine einfache Aufgabe, die innerhalb kurzer Zeit bewältigt werden kann. Die zu erwartenden Hemmnisse und Schwierigkeiten dürfen aber nicht als Vorwand dienen, dieses wichtige Anliegen überhaupt nicht zu forcieren und statt dessen den dringenden Bedarf an mehr ökonomischer Bildung weiterhin zu ignorieren, wie es in vielen Bundesländern nach wie vor geschieht. Es steht zu viel auf dem Spiel, als dass wir vorschnell resignieren dürfen.